

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Seitensprecher Nr. 53.

Seitensprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitest verbreitete und haben bei dem taufstärksten Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erheben bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 187

Verantwortliche Schriftleitung: J. D. Franz Keil.

Dienstag, 16. August 1921 (Hagacint)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Neuestes in Kürze.

Gestern wurde im Park von Sanssouci im antiken Tempel an der Grabstätte der früheren Kaiserin ein marmorer Sarkophag aufgestellt, der um den Sarg der Toten geschlossen ist. Der Sarkophag ist aus schlesischem Marmor hergestellt und ohne jeden Schmuck gehalten.

Danzig, 16. Aug. Im Hauptauschuß des Danziger Volksrates erstattete gestern Senator Jowkowski Bericht über das zur Unterzeichnung vorliegende wirtschaftliche Abkommen zwischen Danzig und Polen. Danach wird es am 1. April 1922 zwischen Danzig und Polen keine Wirtschaftsgrenze mehr geben.

London, 15. Aug. Die Sunday Times erzählt, daß sich im Laufe der allernächsten Tage eine internationale Kommission nach Ausland begeben solle, um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot zu organisieren.

Kopenhagen, 14. Aug. Nach einer Drahtung aus Kopenhagen hat Magin Gorki mitgeteilt, daß er Russland zur Zeit nicht verlassen könne, da dort jeden Augenblick ein Umsturz zu erwarten sei. Er könne sich höchstens auf kurze Zeit nach Finnland zur Erholung begeben.

Die Bauernvereine und die neuen Steuerpläne.

Bereits auf dem diesjährigen Deutschen Bauerntag in Rendsburg haben die Bauernvereine, die über ganz Deutschland verbreitete wirtschaftspolitische Organisation des deutschen Landvolkes, zu den schwebenden Finanzfragen Stellung genommen. Die Vereinigung der deutschen Bauernvereine hat nunmehr die Vertreter der ihr angeschlossenen 27 deutschen Bauernvereine für den 18. August zu einer Sitzung nach Frankfurt a. M. eingeladen, um zu den Steuerplänen der Regierung Stellung zu nehmen. Es werden außerdem noch die heute das Landvolk besonders interessierenden wirtschaftlichen Fragen (Branntweinmonopol, Pachtgesetzordnung, landwirtschaftliche Buchführung, Umfrageverfahren, landwirtschaftliches Kreditwesen usw.) erörtert.

Auslande.

Kassel, 15. Aug. Der Streik der Eisenbahnarbeiter in Kassel ist auf die Arbeiter der Hauptwerkstätten, auf einige Bahnhöfe und Güterabfertigungen ausgebrochen. Außerdem sind inzwischen Arbeiter von Marburg, Bad Wildungen und Paderborn in den Streik getreten. Unter fortgesetzter Mithilfe der Beamtenschaft aller Gruppen ist es gelungen, den gesamten Personen- und Güterverkehr mit unbedeutenden Ausnahmen in Betrieb zu halten. Es wird indessen erforderlich sein, den Personenverkehr etwas einzuschränken. Näheres hierüber wird durch Anschläge auf den Bahnhöfen bekannt gemacht werden.

Kassel, 16. Aug. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, hat der Eisenbahnstreik gestern auf die Bahnhöfe Hannover, Minden, Göttingen, Northeim-Kreiensen, Seesen, Marburg und Scherfede übergegriffen. Einige Personenzüge mußten auf kürzere Entfernungen ausfallen. Im übrigen wird der gesamte Personen- und Güterverkehr aufrecht erhalten.

Bremen, 16. Aug. Der Streik der Staatsarbeiter nimmt seinen Fortgang. Die technische Beihilfe ist bei allen lebenswichtigen Betrieben eingeleitet. Die Großindustrie ist zum Teil lahmgelegt, da die Abgabe von elektrischem Strom nur an die lebenswichtigen Betriebe erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruht nach wie vor. Die Altkriegsgesellschaft West hat infolge eigener Kraftverknappung ihren Betrieb aufrecht erhalten. Die Arbeiter sind vollständig zur Arbeit erschienen, aber ohne passiven Widerstand. Der Senat trat mittags erneut zu einer Beratung wegen des Streiks zusammen, an der ein Ministerialvertreter aus Berlin teilnahm.

Deutsche Kinder in der Schweiz.

Bern, 16. Aug. Gestern traf ein Sonderzug ein, der über 70 deutsche Kinder, dazu noch einige hundert im Auslande lebender Schweizer Kinder zu mehrwöchigem Aufenthalt nach der Schweiz brachte. Nach und nach sind in der Schweiz über 25 000 deutsche Kinder untergebracht worden. Darunter befinden sich eine erhebliche Anzahl von tuberkulösen Kindern, die durch Kuren von drei Monaten bis zu einem Jahre in den Heimen der schweizerisch-deutschen Hilfskommission gerettet werden können. Die hierzu erforderlichen Geldmittel wurden in Amerika, außerdem in England, Dänemark und Spanien aufgebracht. Auch der Papst hat sich mit erheblichen Mitteln beteiligt.

Die Niederlagen der Spanier in Marokko.

Madrid, 15. Aug. Abd el Krim befindet sich an der Spitze von ungefähr 10 000 Kriegertruppen auf dem Marsch nach Melilla. Die Niederlagen gegen die Grubenregimenten, die sich in Enis befinden, sind glänzend.

Paris, 15. Aug. Nach einer Meldung des Journal aus Madrid sind in Enis vier spanische Kampagnen, die dort lagerten, niedergemetzelt worden, wobei den Rebellen große Vorräte von Dynamitpatronen in die Hände fielen.

Die Reichsregierung an die Oberschlesier.

Die Gerechtigkeit muß siegen. — Der Völkerrundrat soll die Grenzen bestimmen.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 15. Aug. Der Reichspräsident und die Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

Die Entscheidung über Oberschlesien ist weder Erwarten nicht gefallen, der Spruch ist verhängt worden. Die Leidenszeit des ober-schlesischen Volkes hat ihre Ende noch nicht gefunden. Es gilt, in jähiger Ausdauer weiter auszuharren.

Oberschlesier! Unsere Sache ist gerecht! Die Gerechtigkeit wird und muß siegen, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung haben soll. Ihr habt Euch mit überwältigender Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Euer und des Reiches Wohlergehen hängt davon ab, daß Oberschlesien beim Reich verbleibt.

Oberschlesier! Ihr habt bisher trotz schwerster Herausforderungen mutterkornhaft Ruhe und Ordnung bewahrt. Die berechtigten Ansprüche der Gewalttaten polnischer Insurgenten hat Euch die Welt nicht verargt. Bewahrt auch weiterhin die Selbstachtung, die Euch bisher ausgezeichnet hat. Laßt die Mißbeurteilung nicht scheitern und laßt Euch durch nichts zu unüberlegten Handlungen verleiten, die Eurer gerechten Sache nur Schaden bringen würden.

Mit Euch hofft das ganze deutsche Volk, daß der Tag nicht fern ist, an dem die Schranken zwischen Euch und dem Mutterland wieder fallen, an dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wiedervereinigung Oberschlesiens mit Deutschland, dem es seit sieben Jahrhunderten angehört hat, Anerkennung findet zum besten Oberschlesiens, des Deutschen Reiches, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas und des Friedens der Welt.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Dr. Wirth.

Die Aufgabe des Völkerrundrates.

London, 15. Aug. Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte Lloyd George, der Völkerrundrat sei gebildet worden, die Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien anzugeben, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte festlegen sollten. Mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien sei der Völkerrundrat und die vertretenen Mächte gebeten worden, die Sache als sehr dringlich zu behandeln. Die Frage der Abhaltung der Tagung in nächster Zeit wird vom Völkerrundrat erwogen.

Auf die Frage, ob die Vertreter Deutschlands und Polens ermächtigt werden sollen, ihre Sache selbst darzulegen, sagte Lloyd George, er habe keinen Zweifel, daß den Beteiligten Gelegenheit gegeben werde, ihre Sache zu vertreten, indessen liege solches lediglich innerhalb der Befugnisse des Völkerrundrates.

Paris, 15. Aug. Nach einer hiesigen Witterungsmeldung soll der Völkerrundrat am 22. August in Genf tagen.

Frankreich steht auf das falsche Pferd.

London, 15. Aug. Der Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt zur ober-schlesischen Frage: Man sehe in Paris die französisch-polnische Sache als verloren an. Es wäre für Brand viel leicht doch günstiger gewesen, wenn er einen der von Lloyd George vorgeschlagenen Kompromisse angenommen hätte. Es sei so gut wie sicher, daß die Delegierten Englands, Italiens und Japans im Völkerrundrat in der ober-schlesischen Frage denselben Standpunkt einnehmen werden, wie Lloyd George. Anzeichen deuten darauf hin, daß China und Spanien, wahrscheinlich auch Brasilien Englands Standpunkt vertreten werden. Es besteht demnach Gefahr, daß die Isolierung Frankreichs noch deutlicher zutage treten werde. Frankreich habe selbst dazu beigetragen, daß es in eine solche Lage kam, da es seine europäische Politik auf einem militärischen und politischen Bündnis mit einem imperialistischen und fast immer unfähigen Polen aufbaute. Der Zusammenbruch einer solchen Allianz werde ein harter Schlag für die französische Politik sein. Die französische Diplomatie habe seit dem Waffenstillstand und besonders in den letzten 18 Monaten immer auf das falsche Pferd gewettet. Man könnte eine außerordentliche Zahl von Mißerfolgen anführen. Das polnische Pferd sei ein höherer Verlust. Weiter schreibt der Berichterstatter des liberalen Blattes: Der Oberste Rat, wie er bisher bestand, ist auf jeden Fall tot. Die Methode der hastigen Zusammenkünfte, die im Angesicht der ganzen Welt in Szene gesetzt wurden, die bögemäßigen Zwischenfälle von Staatsmännern, deren Gegensätze offenbar wurden, die Aufpeitschung einer fieberhaften öffentlichen Mei-

nung, die tatsächlich nur Zeitungsmeinung war (in der Tat kümmert sich das französische Volk keinesfalls um Oberschlesien), die theatralische Aufmachung dieser Verhandlung und der völlige Bankrott der europäischen Diplomatie, der hier zutage trat, sind jetzt vorbei. Kein Wunder, daß Harvey verächtlich von europäischen Staatsmännern denkt, kein Wunder, daß Amerika, dessen Sympathie und Mitwirkung trotz allem nötig ist, von so traurigen Zuständen angeekelt, Europa den Rücken wendet.

Am Frankreichs Isolierung zu vermeiden

Ist der Beschluß gefaßt worden, die ober-schlesische Frage an den Völkerrundrat zu verweisen, die Pariser Nachrichtenagentur der französischen Regierung verbreitet folgende Erklärung: Die Verweisung der Frage der Teilung Oberschlesiens an den Völkerrundrat wurde in französischer Konferenzkreise günstig aufgenommen, welche ihre wirkliche Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich ihrer Befugnisse entzogen wird. In der Tat standen sich auch nach vierstägiger Beratung die englische und französische Auffassung scharf gegenüber. Die Lage erschien Donnerstag durchaus verfahren, da sowohl Italien wie auch Japan sich zu dem englischen Vorschlag bekamen, während Frankreich allein seine Gegnerschaft aufrecht erhielt, weil eine solche Grenzführung für Polen ein wahrer Hohn auf jede Gerechtigkeit gewesen wäre. Trotz aller Gründe, die ihm seine Haltung zur gebieterischen Pflicht machte, konnte Frankreich sich doch nicht dem Vorwurf aussetzen, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Brand war der Überzeugung, man müsse aus der Sackgasse herauskommen, in die sich der Oberste Rat verfahren habe, um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dastünde. Daraufhin erklärte er sich mit dem Schiedsspruch des Völkerrundrates einverstanden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und sodann zur Durchführung der Entscheidung werden Frankreich, England und Italien Verstärkungen entsenden, dabei auf den Standpunkt zurückgegriffen, den bereits vor Inkrafttreten des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte, mit andern Worten, eine Annäherung neuer Truppen nach vor jeder Lösung. Um die ganze Lösung nochmals zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen wird, die durchaus unparteiisch ist und von keiner Seite angefochten werden kann.

Polnische Aufrührer.

Wie die Wälder melden, versuchen größere polnische Banden von jenseits der ober-schlesischen Grenze in der Nähe von Myslowitz in Oberschlesien einzudringen. Besatzungstruppen und Polizeikräfte stellen sich ihnen entgegen. Nach kurzem Feuergefecht zogen sich die Banden über die Grenze zurück. Als sie jenseits der Grenze waren, eröffneten sie eine lebhaft Schießerei auf die ober-schlesischen Ortschaften längs der Grenze.

Im Kreise Rothenberg wurde, wie die Woll. Sta. meldet, gegen das Auto des wegen seiner Unparteilichkeit bei der deutsch-polnischen Bevölkerung beliebten englischen Polizeioffiziers, Major Creagh, eine Sandgranate geworfen, die zwar explodierte, aber keinen Schaden anrichtete.

Deuthen, 16. Aug. Gestern abends gegen 7 1/2 Uhr wurde eine vor dem Waldplatz in Dombrowa auf die Straßenbahn wartende etwa hundertköpfige Menschenmenge von etwa 30 bis 40 Banditen plötzlich umzingelt, mit Säcken geschlagen und mit Waffen bedroht. Mehrere Männer und Frauen wurden durch Stichschläge blutig verletzt. Ein Kaufmann aus Deuthen wurde mit einem Gummiknüppel heftig geschlagen, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Als Polizeibeamte herbeieilten, ergrieffen die Banditen die Flucht und entliefen unversehrt.

Die Finanz-Konferenz

Paris, 14. Aug. Habas teilt über die Finanz-Konferenz folgendes mit: Die Art der Rückzahlung der Kriegsschulden Belgiens, d. h. der Vorkasse, die diesem Land von Frankreich, England und Amerika während des Krieges bewilligt worden sind, ist geregelt worden, und zwar so, daß der Anteil Frankreichs an den Zahlungen, die Deutschland im Laufe der ersten Jahre leistet, nicht wesentlich beschnitten wird. Das Abrechnungsverfahren wird weiter fest, daß der Wert der Saargruben, der festzustellen bleibt, Frankreich zur Last geschrieben wird, und zwar auf die Rechnung der vor dem 1. Mai geleisteten Zahlungen. Der Wert der Gruben — wozu noch die von Deutschland bereits in natura geleiste-

ten Lieferungen kommen — wird, soweit er den Gesamtbetrag der von Frankreich zur Unterhaltung seiner Besatzungsarmee aufzubringen Kosten übersteigt, Frankreich durch den Wiederherstellungsausgleich angerechnet werden, und zwar innerhalb der am 1. Dezember 1922 beginnenden nächsten fünf Jahre, d. h. von dem Augenblick an, wo wahrscheinlich die belgische Priorität abgezahlt ist und wo infolgedessen die Abrechnung des zu erwartenden Ueberschusses bei den jährlich von Deutschland zu leistenden Zahlungen ohne Schwierigkeit erfolgen kann. Schließlich haben die Mitglieder der Finanzkonferenz beschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um in dem Wechselkurs die bedeutenden Schockwirkungen zu vermeiden, die dadurch hervorgerufen werden können, daß Deutschland Operationen vornehmen muß, um sich die fremden Devisen zu beschaffen, die es an die Verbandsmächte bezahlen muß.

Frankreich gegen die Entscheidung.

Paris, 15. Aug. Die Morgenblätter drücken starke Zweifel daran aus, daß die Beschlüsse der Finanzkonferenz von der französischen Regierung anerkannt werden. Der Matin sagt, man werde es verstehen, wenn die französische Regierung das technische Abkommen, dem sich unwiderstehlicher Weise die französischen Sachverständigen angeschlossen hätten, einer Nachprüfung unterziehen würde.

Anarchie im russischen Hungergebiet.

Der Vertreter der Berlingische Tidende meldet aus Gelsingfors: In den von der Hungersnot betroffenen Gebieten Russlands herrscht eine unbeschreibliche Anarchie, die alle geplanten Hilfsaktionen in hohem Maße erschwert. Die Bevölkerung greift selbst ein, und die örtlichen Rätebehörden handeln auf eigene Faust, ohne Rücksicht auf die Zentralbehörde. Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln werden häufig geplündert, und es ist ganz allgemein, daß die örtlichen Volkswirtschaften hierbei vorangehen und Waren zurückhalten, die nach andern Gegenden bestimmt sind. Gleichzeitig macht sich der Zerfall der Eisenbahnen in hohem Grade geltend; das Material bricht zusammen, die Schienen können die schweren Güterwagen nicht mehr tragen. Die Hilfe für die entfernten Gebiete kann nur durchgeführt werden, wenn sie von Ausländern geleitet wird. Es ist auch notwendig, daß jeder einzelne Transport von einer starken bewaffneten Abteilung begleitet wird.

Vorübergehende Herabsetzung der Kohlenlieferungen.

Paris, 15. Aug. Wie der Temps mitteilt, hat die Reparationskommission vorübergehend die Kohlenlieferungen, wie sie im Abkommen von Spa vorgesehen waren, herabgesetzt. Diese Herabsetzung ist von der Kommission für notwendig gehalten worden, um einem augenblicklichen Produktionsdefizit Deutschlands Rechnung zu tragen. Das theoretische Programm von 2,2 Millionen Tonnen Kohlen monatlicher Gesamtlieferung auf die Alliierten bleibe aufrechterhalten. Man sei sich aber darüber einig geworden, daß zuerst mit besonderer Dringlichkeit eine Lieferung von 1,8 Millionen Tonnen erfolgen würde. Das sei die Grundlage, auf der die Lieferungen gegenwärtig vor sich gingen.

Die Freiheit der Presse in den besetzten Gebieten.

Eine kleine Anfrage der Abg. Quast und Adams an die Reichsregierung verweist auf neue Ausweisungen von Redakteuren und Zeitungsverboten in den französisch besetzten Gebieten und betont: Die Erregung über diese Vorfälle in der rheinischen Bevölkerung wächst, zumal bisher nichts darüber bekannt geworden ist, was die deutsche Regierung zum Schutze der Meinungsäußerungen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu tun gedenkt. Ich bitte deshalb wiederholt um Mitteilung hierüber.

Tannenbergsfeier.

Berlin, 15. Aug. In Königsberg fand laut Montagspost die diesjährige Tannenbergsfeier unter Teilnahme von Zehntausenden von Personen statt. Freiherr von Gahl, der frühere Abteilungsminister für Ostpreußen, forderte in einer Ansprache ein ungekünsteltes deutsches Oberschlesien. General Ludendorff, dem am Abend vorher Studenten einen Freiduell gebracht hatten, und der von der medizinischen Fakultät der Königsberger Universität zum Ehrenbürger ernannt wurde, sprach als Vertreter Eidenburgs und Mitkämpfer von Tannenbergs, indem er zur Einheit ermahnte und auf die Tugenden des alten Heeres hinwies, die die Reichswehr und Marine in die neue Zeit hinübernehmen sollten.

